

Geschäftsbericht 2009

Die Zahlen im Überblick

Geschäftsentwicklung	2009	2008	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Geschäftsvolumen	8.138	8.090	48	0,6
Bilanzsumme	7.958	7.879	79	1,0
Kundeneinlagen	5.503	5.549	-46	-0,8
– Spareinlagen	1.547	1.270	277	21,8
– Sparkassenbriefe, -obligationen u. Inhaberschuldverschreibungen	514	892	-378	-42,4
– Sicht- u. Termineinlagen	3.442	3.387	55	1,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.783	1.675	108	6,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	106	106	0	0,0
Forderungen an Kunden	5.126	5.021	105	2,1
– Kontokorrentkredite	397	407	-10	-2,5
– Darlehen aus Eigenmitteln	3.965	3.877	88	2,3
– Kommunaldarlehen	149	104	45	43,3
– Weiterleitungsdarlehen	615	633	-18	-2,8
Eigenkapital	388	377	11	2,9

Rechtsnatur

Die Sparkasse ist eine Kreditanstalt des öffentlichen Rechts.

Verbandszugehörigkeit

Die Sparkasse ist über den Sparkassenverband Westfalen-Lippe in Münster dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. in Berlin angeschlossen.

Träger

Träger ist der Sparkassenzweckverband der Stadt Münster, des Kreises Warendorf sowie der Städte und Gemeinden Ahlen, Beelen, Drensteinfurt, Ennigerloh, Everswinkel, Oelde, Ostbevern, Sassenberg, Sendenhorst, Telgte und Warendorf.

Inhalt

Lagebericht

Jahresabschluss 2009

Jahresbilanz
Gewinn- und Verlustrechnung
Anhang

Lagebericht

A. Darstellung der Sparkasse

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL vormals WLSGV), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Münster unter der Nummer A 4940 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband, der von der Stadt Münster, dem Kreis Warendorf sowie den Städten und Gemeinden Ahlen, Beelen, Drensteinfurt, Ennigerloh, Everswinkel, Oelde, Ostbevern, Sassenberg, Sendenhorst, Telgte und Warendorf gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Münster und ist ebenfalls Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe. Satzungsgebiet der Sparkasse ist das Gebiet des Trägers sowie die angrenzenden Kreise und die kreisfreie Stadt Hamm. Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverband der Sparkassen-Finanzgruppe. Das aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen bestehende überregionale Sicherungssystem stellt sicher, dass im Bedarfsfall ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die Forderungen der Kunden und auch das Institut selbst zu schützen. Daneben besteht in Westfalen-Lippe ein zusätzlicher, durch die Sparkassen und die WestLB AG aufgelegter Reservefonds auf regionaler Ebene. Er dient der Sicherung der Mitgliedssparkassen und der WestLB AG sowie der Westdeutschen Immobilien Bank als Tochterunternehmen der WestLB AG.

B. Darstellung der Rahmenbedingungen

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2009

Weltwirtschaft

War das Jahr 2008 durch die Finanzmarktkrise gekennzeichnet, so erreichte die Krise im Jahr 2009 die Realwirtschaft. Das 1. Halbjahr war von den Auswirkungen der Krise geprägt, die im September 2008 ihren Höhepunkt mit der Pleite von Lehman Brothers gefunden hatte. Insbesondere der Finanzsektor hatte unter den Folgen zu leiden und viele Kreditinstitute – hauptsächlich

in den USA und Europa – mussten durch staatliche Interventionen gestützt oder sogar verstaatlicht werden. Um die Volkswirtschaften zu stützen, beschlossen nahezu alle Industrienationen Konjunkturpakete und erhöhten ihre Staatsverschuldung.

Im Laufe des 2. Halbjahres 2009 entspannte sich die Situation und vor allem der zuvor stark betroffene Bankensektor konnte sich deutlich erholen. Viele Institute in den USA waren sogar in der Lage, die im Vorjahr nötigen Eigenkapitalhilfen und Garantien der Regierung zurückzuzahlen.

Letztendlich resultierte für 2009 ein negatives Weltwirtschaftswachstum von $-2,1\%$ (Vorjahr $+4\%$) und in nahezu allen Industriestaaten kam es zu einem Rückgang des BIP. Auch die Arbeitslosenquote stieg in den USA deutlich von $7,4\%$ auf 10% und in der Eurozone von $8,2\%$ auf 10% an. Die Inflation verblieb im Jahresverlauf unter 1% , da aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklungen kein Preisdruck aufkam.

Wirtschaft Deutschland

Auch Deutschland konnte sich dem weltwirtschaftlichen Abschwung des Jahres 2009 nicht entziehen und war insbesondere im 1. Halbjahr betroffen. Für das Gesamtjahr betrug der Rückgang des BIP 5% . Deutschland litt als Exportnation insbesondere unter dem deutlichen Rückgang der weltwirtschaftlichen Nachfrage, was zu einem starken Rückgang der Exporte führte. Dies konnte auch durch die staatlichen Hilfsprogramme – hier ist insbesondere die Umweltprämie zu nennen – nicht ausgeglichen werden. Gleichzeitig entwickelte sich der private Konsum stabil, gestützt insbesondere durch die im Ländervergleich relativ stabile Entwicklung des Arbeitsmarktes (Arbeitslosenquote stieg von $7,7\%$ auf $8,1\%$). Dieser entwickelte sich besser als in den übrigen Industrienationen, was insbesondere durch die starke Nutzung staatlicher Hilfsmaßnahmen (z. B. Kurzarbeit) durch die Unternehmen zu erklären ist. Nach ihrem deutlichen Anstieg im Vorjahr notierten die Verbraucherpreise 2009 mit $+0,4\%$ nahezu unverändert.

Wirtschaft im Münsterland

Die von der IHK Nord Westfalen zum Jahreswechsel 2009/2010 durchgeführte Konjunkturumfrage zeigt ein uneinheitliches Bild der wirtschaftlichen Entwicklung des letzten Jahres. Während in der Industrie die fehlenden Auslandsaufträge belastend wirkten, konnten andere Wirtschaftsbereiche von der soliden Inlandsnachfrage profitieren. Insbesondere kam es aus den staatlichen

Konjunkturprogrammen zu zusätzlichen Aufträgen für die Bauwirtschaft, und auch der Handel konnte im Jahresverlauf eine stabile Nachfrage verzeichnen. Insgesamt bezeichneten 75 % der Unternehmen ihre aktuelle Situation als zufriedenstellend bzw. gut. Diese generell solide Einschätzung spiegelt seit Mitte 2009 auch der IHK-Konjunkturklima-indikator wider, der sich nach einer rezessiven Einschätzung zum Ende des Jahres 2008 seither wieder im expansiven Bereich befindet. Allerdings werden generell nur moderate Zuwächse erwartet, da weiterhin Belastungen durch die niedrige Auslandsnachfrage für die stark exportorientierte westfälische Wirtschaft bestehen. Vor diesem Hintergrund planen die Unternehmen auch zukünftig keine signifikante Ausweitung ihrer Investitionstätigkeit und nur eine unveränderte Beibehaltung des aktuellen Beschäftigungsniveaus. Dies stabilisierte zwar die Arbeitsmarktlage im Jahr 2009, allerdings fehlen somit auch positive Impulse für 2010.

Zinsen Euroland

Aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung zum Jahresbeginn 2009 und dem fehlenden Vertrauen der Banken untereinander setzte die EZB den Zinssenkungszyklus im 1. Halbjahr unvermindert fort. Der Leitzins wurde um weitere 150 Basispunkte von 2,50 % auf 1 % gesenkt. Die geringe Inflationsentwicklung und die nur sehr langsame Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation in Europa veranlasste die Zentralbank, weitere Maßnahmen zur günstigen Versorgung von Banken und Realwirtschaft mit Kapital durchzuführen. Durch die unbegrenzte Zuteilung von Zentralbankgeld zu festen Zinssätzen von 1 % wurde der tatsächliche Interbankentagesgeldsatz bis auf 0,30 % gesenkt. Die längerfristigen Zinssätze waren von den starken Senkungen am kurzen Ende der Zinskurve nicht betroffen und notierten von Jahresultimo zu Jahresultimo nahezu unverändert.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2009

Novellierung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Am 14.08.2009 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die Neufassung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) veröffentlicht. Wesentliche Treiber für die Neufassung waren die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die darauf folgenden internationalen Regulierungsinitiativen. Deutschland hat sich insbesondere verpflichtet, die Empfehlungen des Financial Stability Forums und der G20-Gipfel in Washington und London umzusetzen. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Novellierung betreffen Problembereiche, die in der alten Regulierung

noch eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielten. Hierzu gehören ergänzende Anforderungen zu Stresstests, Risikokonzentrationen, Liquiditätsrisiken, Vergütungssystemen sowie eine weiter verstärkte Rolle des Aufsichtsorgans. Trotz der Neuausrichtung bleibt die grundsätzliche, qualitative Ausrichtung der MaRisk erhalten. Ein bedeutendes Element dieser Ausrichtung ist das Prinzip der doppelten Proportionalität.

Die für das Strategiemodell der Sparkasse relevanten Punkte der novellierten MaRisk wurden in die Geschäfts- und Risikostrategie sowie in die Teilstrategien eingearbeitet. Darüber hinaus wird in der Sparkasse Münsterland Ost zur Implementierung der neuen Mindestanforderungen ein Projekt zur fristgerechten Umsetzung durchgeführt.

Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG)

Am 29.05.2009 ist das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) in Kraft getreten. Durch das BilMoG erfolgen umfangreiche Deregulierungsmaßnahmen in Form von Streichung bzw. Modifizierung zahlreicher handelsrechtlicher Ansatz-, Bewertungs- und Ausweishwahlrechte. Die Ziele der Reform lauten: weniger Bürokratie, niedrigere Kosten und größere Transparenz. Das BilMoG findet erstmalig Anwendung auf Geschäftsjahre, die nach dem 31.12.2009 beginnen. Einzelne Anhangvorschriften hat die Sparkasse wie gesetzlich vorgeschrieben im Jahresabschluss zum 31.12.2009 umgesetzt.

3. Veränderungen der sonstigen Rahmenbedingungen im Jahr 2009

Stützung der WestLB AG

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der WestLB AG, Düsseldorf, eine Abwicklungsanstalt gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der Abwicklungsanstalt von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3.000 Mio. EUR ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2.250 Mio. EUR zu übernehmen.

Die Mitgliedssparkassen des SVWL werden zur Abdeckung dieses Gesamthöchstbetrages in den nächsten 25 Jahren, beginnend im Jahr 2010, aus künftigen Gewinnen jährliche Raten in eine Rücklage einstellen. Hinsichtlich der Ansparleistung findet nach Ablauf von 10 Jahren, also zum 31.12.2019, eine Revision statt. Sind bis dahin keine wesentlichen, die erwarteten Verluste der Abwicklungsanstalt übersteigenden Verluste aufgetreten, kann unter Voraussetzung der Zustimmung aller Beteiligten eine weitere Ansparung unterbleiben.

C. Geschäftspolitische Strategie

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Für die Adressenausfallrisiken aus dem Kreditgeschäft und die Marktpreisrisiken bestehen separate Teilstrategien, die ebenfalls überprüft und aktualisiert wurden. Aufgrund der Bewertung der Liquiditätsrisiken in der Risikoinventur wurde erstmalig für 2010 eine Liquiditätsrisikostrategie erstellt. Die drei Teilstrategien sind Bestandteile der Risikostrategie. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

D. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs

1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2009 um 79,1 Mio. EUR bzw. 1,0 % auf 7.958,4 Mio. EUR. Das aus Kundenaktiva, Kundenpassiva, Eventualverbindlichkeiten, unwiderruflichen Kreditzusagen und den Kundenbeständen im Wertpapiergeschäft bestehende Geschäftsvolumen erhöhte sich um 494,1 Mio. EUR oder 3,9 % auf 13.186,2 Mio. EUR.

Die Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurden vor dem Hintergrund der Anpassung der Asset-Allocation um 239,2 Mio. EUR und die Bestände der Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere um 29,8 Mio. EUR aufgestockt, während die Forderungen an Kreditinstitute um 232,7 Mio. EUR reduziert wurden. Die Kundenforderungen stiegen um 105,2 Mio. EUR auf 5.125,8 Mio. EUR. Das Kundeneinlagengeschäft reduzierte sich um 45,8 Mio. EUR auf 5.503,3 Mio. EUR. Diese Entwicklung steht in Zusammenhang mit einem deutlichen Wachstum des Kundenwertpapiergeschäftes. Die Entwicklungen im Kundenkreditgeschäft liegen über den im Vorjahr

für 2009 erwarteten Veränderungen. Bei der Entwicklung des Kundengeldvermögens entspricht das Wachstum dem im Vorjahr prognostizierten Trend. Innerhalb des Kundengeldvermögens wurden die Kundenwertpapierbestände stärker als geplant ausgebaut. Im Gegenzug führte diese Entwicklung zu einem Rückgang bei den bilanziellen Kundeneinlagen.

2. Kreditgeschäft

Insgesamt verlief die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Zugang von 2,1 % (Vorjahr 1,7 %) oberhalb der Planung. Die Darlehenszusagen belaufen sich im Jahr 2009 auf 1.088,5 Mio. EUR (Vorjahr 1.104,6 Mio. EUR). Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus erhöhten sich im Gesamtjahr um 15,5 % auf 425,1 Mio. EUR. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme erhöhte sich auf 64,4 % (Vorjahr 63,7 %). Mit der im November neu aufgelegten Finanzierungsoffensive „Wir im Münsterland“ setzte die Sparkasse erneut ein deutliches Zeichen für die Kreditversorgung in der Region. Eine breit diskutierte „Kreditklemme“ ist in unserer Sparkasse – wie die Entwicklung 2009 belegt – trotz Finanz- und Wirtschaftskrise nicht vorhanden. Die Sparkasse bleibt an der Seite des Mittelstandes und der Privatkunden.

Bei Privatpersonen stiegen infolge der weiterhin anhaltenden Nachfrage nach langfristigen Darlehen die Forderungen um 94,8 Mio. EUR (Vorjahr +62,9 Mio. EUR). Das zugesagte Kreditvolumen an private Haushalte weist einen Anstieg von 21,9 % auf 496,0 Mio. EUR aus. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen erhöhte sich das Kreditvolumen trotz der gesunkenen Investitionsbereitschaft infolge der Auswirkungen der Finanzmarktkrise um 24,2 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen sanken um 5,0 % auf 582,2 Mio. EUR.

3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag erhöhte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 269,0 Mio. EUR auf 1.610,3 Mio. EUR. Hierbei war insbesondere der Anstieg der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 239,2 Mio. EUR maßgeblich. Die Steigerung resultiert aus der Anlage freier liquider Mittel. Die Bestände von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurden um 29,8 Mio. EUR ausgebaut. Der Strukturanteil dieser Position am Bilanzwert der Wertpapiereigenanlagen reduzierte sich insbesondere aufgrund der Erhöhung der Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren von 44,8 % auf 39,2 %.

Das Segment der Inhaberschuldverschreibungen von Banken war zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. Da in diesen Fällen keine Informationen über jüngste Transaktionen in diesen oder vergleichbaren Wertpapieren vorlagen, haben wir zur Bewertung dieser Wertpapiere ein Bewertungsmodell (Discounted Cashflow-Verfahren) verwendet.

4. Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2009 von rund 167,6 Mio. EUR entfiel mit rund 86,0 Mio. EUR auf die Beteiligung am Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und mit rund 47,9 Mio. EUR auf die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG. In dieser Gesellschaft wird das Engagement der Sparkassen-Finanzgruppe im Zusammenhang mit der Landesbank Berlin Holding AG gebündelt. Gegenüber dem Vorjahr wurde der Wertansatz dieser Beteiligung um 2,4 Mio. EUR auf den beizulegenden Wert abgeschrieben. Die Zusammensetzung und der Ansatz der übrigen Beteiligungen haben sich nur unwesentlich verändert.

5. Geldanlagen von Kunden

Die Sparkasse hatte für 2009 ein Wachstum bei den Geldanlagen von 2,9 % erwartet. Dieses Ziel konnte mit einem Wachstum von 2,8 % nahezu vollständig erreicht werden. Wachstumstreiber sollte vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise das bilanzwirksame Einlagengeschäft sein. Innerhalb des Kundengeldvermögens wurden 2009 die Kundenwertpapierbestände stärker als ursprünglich erwartet ausgebaut, da die Kunden verstärkt in festverzinsliche Wertpapiere investierten. Im Gegenzug führte diese Entwicklung zu einem Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden einschließlich der begebenen Schuldverschreibungen von 45,8 Mio. EUR oder 0,8 % gegenüber dem Vorjahr.

Aktuell verfügt die Sparkasse über einen bilanziellen Einlagenbestand von 5.503,3 Mio. EUR. Der Bestand an Spareinlagen wies einen Anstieg von 276,9 Mio. EUR und an Sicht- und Termineinlagen von 55,2 Mio. EUR auf. Die Sparkassenbriefe und Inhaberschuldverschreibungen wiesen einen Bestandsabbau von 377,9 Mio. EUR auf.

Infolge der Zinsentwicklung reduzierten die Privatkunden ihre bilanziellen Einlagenbestände durch Umschichtungen in Wertpapiere um 214,7 Mio. EUR. Gleichzeitig verlief die Entwicklung der Kundenverbindlichkeiten bei den Unternehmen mit einem Wachstum von 147,7 Mio. EUR entgegengesetzt.

6. Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich durch die Anlage freier liquider Mittel in Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere um 232,7 Mio. EUR oder 24,7 % auf 708,0 Mio. EUR. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven, kurzfristigen Geldanlagen und Namensschuldverschreibungen zusammen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um 108,3 Mio. EUR auf 1.783,4 Mio. EUR. Bei diesen Beständen handelt es sich zu einem erheblichen Teil um langfristige Sparkassenbriefe. Daneben bestanden Positionen in Geld- und Offenmarktgeschäften.

7. Dienstleistungsgeschäft

Das Dienstleistungsgeschäft der Sparkasse verlief im Jahr 2009 in einer Phase des konjunkturellen Abschwungs oberhalb der Planung. Trotz eines schwierigen wirtschaftlichen Umfelds konnte 2009 ein Gesamtbausparvolumen in Höhe von 145,9 Mio. EUR abgesetzt werden. Das Wertpapiergeschäft wurde 2009 maßgeblich von den hohen Kursschwankungen am Aktienmarkt sowie Unsicherheiten durch die Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Dies drückte sich bei einem höheren Nettoabsatz – Differenz aus Wertpapierkäufen und -verkäufen – in einem deutlich rückläufigen Wertpapierumsatz aus. Der Absatzschwerpunkt lag 2009 im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere (u. a. Zuwachsanleihen/Zinsmarktanleihen). Aktien oder aktienorientierte Anlagen büßten aufgrund der Unsicherheit an den Aktienmärkten in der Beliebtheit der Anleger deutlich ein.

Der Absatz von Sach- und Lebensversicherungen über die S Versicherungs-GmbH, Münster, konnte 2009 weiter deutlich verstärkt werden. Diese Absatzentwicklung spiegelt sich insbesondere in der Zunahme des Verkaufs von fondsgebundenen und klassischen Renten- und Pflegeversicherungen wider.

Auch für die S Immobilien GmbH, Münster, war 2009 erneut ein erfolgreiches Jahr. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Anzahl der Vermittlungen von Kauf- und Mietimmobilien überdurchschnittlich. Bei der Vermarktung von gebrauchten Immobilien und Bauträgermaßnahmen konnten ebenfalls deutliche Steigerungen erzielt werden.

8. Investitionen

Im Jahr 2009 wurden Investitionen zur weiteren Verbesserung unseres Beratungs- und Serviceangebotes in den Filialen Münster-Nordplatz, Münster-Gievenbeck-Heekweg und Telgte-Westbevern vorgenommen.

9. Personalbericht

Im Jahr 2009 beschäftigte die Sparkasse im Jahresdurchschnitt einschließlich der Aushilfen 1.462 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 1.475), davon 406 Teilzeitkräfte und 98 Auszubildende. Der moderate Rückgang des Personalbestandes konnte insbesondere durch die bereits vor einigen Jahren geschlossenen Vereinbarungen über Altersteilzeit sozialverträglich realisiert werden. Auch im Jahr 2009 war es Ziel der Sparkasse, das bestehende hohe Qualifikationsniveau zu sichern und insbesondere bei den Nachwuchskräften weiter auszubauen. Hier nahm im vergangenen Jahr die gezielte Aus- und Weiterbildung einen hohen Stellenwert ein. So wurden 853 TEUR (Vorjahr 845 TEUR) in Personalentwicklungsmaßnahmen investiert. Schwerpunkte bildeten neben hausinternen Nachwuchs- und Förderprogrammen zahlreiche Schulungen und Trainings zur weiteren Stärkung der Beratungs- und Betreuungskompetenz sowie einer ziel- und leistungsorientierten Führungsarbeit. Das Ziel, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, wurde auch 2009 konsequent verfolgt. Besonders groß war das Interesse am Kinderbetreuungsprogramm in den Schulferien und an den Seminaren zu den Themen Kindererziehung und Pflege von Angehörigen. Insbesondere vor dem Hintergrund der verlängerten Lebensarbeitszeit gewinnt ein betriebliches Gesundheitsmanagement zunehmend an Bedeutung. Ein grundlegendes Konzept wurde unter Einbindung bereits bestehender Maßnahmen zur Gesundheitsförderung erarbeitet.

E. Darstellung und Analyse der Lage

1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2008. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2009 ein Eigenkapital von 388,2 Mio. EUR (vor Gewinnverwendung; Vorjahr 376,7 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. Die Eigenkapitalanforderungen des KWG wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel, bezogen auf die Gesamtsumme aus den Anrechnungsbeträgen für Adressenausfall-, operationellen und Marktrisiken, übertrifft am 31.12.2009 mit 13,1 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % nach der Solvabilitätsverordnung. Die Sparkasse weist damit eine ausreichende Kapitalbasis auf.

2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in erforderlicher Höhe geführt. Die eingeräumten Kredit- und Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der WestLB AG wurden teilweise in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Tagesgeldaufnahmen bzw. Tagesgeldanlagen bei anderen Kreditinstituten.

3. Ertragslage

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung im Jahr 2009 1,29 % der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2009. Im Vergleich mit den Großsparkassen im DSGV und den Sparkassen im SVWL wird damit ein überdurchschnittlicher Wert erzielt. Dies gilt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzten Zielgrößen Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen). Im Jahr 2009 haben sich diese wie folgt entwickelt: Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (bezogen auf das offen ausgewiesene Kapital zum Jahresbeginn) lag mit 18,8 % über dem Vorjahreswert von 16,3 %. Auch das Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen verbesserte sich von 57,2 % auf 55,9 %. Das Unternehmensziel für 2009 von 60,4 % konnte unterschritten werden.

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Dabei ist zu beachten, dass die Erträge und Aufwendungen nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt sind.

	2009	2008	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsüberschuss	162,0	177,7	-15,7	-8,8
Provisionsüberschuss	44,9	46,0	-1,1	-2,4
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	2,0	2,3	-0,3	-13,0
sonst. betriebliche Erträge	10,2	10,1	0,1	1,0
Summe der Erträge	219,1	236,1	-17,0	-7,2
Personalaufwand	80,6	81,8	-1,2	-1,5
anderer Verwaltungsaufwand	43,8	44,5	-0,7	-1,6
sonst. betriebliche Aufwendungen	24,5	14,5	10,0	69,0
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	70,2	95,3	-25,1	-26,3
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	30,6	54,9	-24,3	-44,3
außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0
Ergebnis vor Steuern	39,6	40,4	-0,8	-2,0
Steueraufwand	24,5	26,3	-1,8	-6,8
Jahresüberschuss	15,1	14,1	1,0	7,1

Zinsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 1 bis 4
Provisionsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 5 und 6
sonstige betriebliche Erträge:	GuV-Posten Nr. 8 und 9
sonstige betriebliche Aufwendungen:	GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 18
Ertrag bzw. Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge:	GuV-Posten Nr. 13 bis 16
außerordentliches Ergebnis:	GuV-Posten Nr. 20 und 21

Der Zinsüberschuss verminderte sich um 8,8 % auf 162,0 Mio. EUR. Durch die steilere Zinsstrukturkurve im Vergleich zum Vorjahr infolge deutlich sinkender Geldmarktsätze konnte der Fristentransformationsbeitrag gesteigert werden. Belastungen bestanden aus dem anhaltenden Wettbewerb im Einlagengeschäft, niedrigeren Spezialfondserträgen und einmaligen aperiodischen Zinsaufwendungen.

Der Provisionsüberschuss lag aufgrund niedrigerer Erträge aus dem Kundenwertpapiergeschäft durch die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sowie niedrigerer Erträge aus dem Giroverkehr um 2,4 % unter dem Vorjahreswert.

Die Personalaufwendungen verminderten sich trotz der Belastung aus der Tarifierhöhung für 2009 um 1,5 % auf 80,6 Mio. EUR. Die anderen Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich um 1,6 %. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist der Anstieg ausschließlich auf eine einmalige Rückstellungsbildung zurückzuführen.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (Bewertung und Risikovorsorge) wurden nach der gemäß § 340f Absatz 3 HGB zulässigen Verrechnung mit Erträgen in Höhe von 30,6 Mio.

EUR (Vorjahr 54,9 Mio. EUR) ausgewiesen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr spiegelt die nachlassenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Wertpapiergeschäft wider. Der Jahresüberschuss konnte erneut gesteigert werden und betrug 15,1 Mio. EUR. Damit wurde der Vorjahreswert um 1,0 Mio. EUR übertroffen.

F. Risikoberichterstattung

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Das Bankgeschäft besteht zu einem wesentlichen Teil aus dem bewussten Eingehen von Risiken. Risiken werden aktiv eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikostrategie die Rahmegrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische

Ausrichtung der Sparkasse überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. In der Risikostrategie ist festgelegt, Risiken bei günstigem Chance-Risiko-Profil einzugehen und bei ungünstigerem Chance-Risiko-Profil für eine Kompensation oder Verminderung von Risiken zu sorgen. Risiken mit vertretbarem potenziellem Schaden werden akzeptiert. Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken und Liquiditätsrisiken, wurden die separaten Teilrisikostrategien ebenfalls aktualisiert bzw. für 2010 erstmalig erstellt. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitiges Ergreifen von Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird permanent weiterentwickelt.

Aus der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse wird laufend ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV- und vermögenswertorientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt, so dass eine Auslastungsquote ermittelt wird. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits. Darüber hinaus werden die einzelnen eingegangenen Risiken mit Risiko- und Volumenlimiten überwacht. Der Verwaltungsrat der Sparkasse nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand der Sparkasse ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Für alle risikorelevanten Geschäfte ist bis in die Ebene des Vorstands eine funktionale Trennung zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Damit wird der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in den MaRisk geforderten Funktionstrennung Rechnung getragen. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit

befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen festzulegen. Die Innenrevision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

3. Risikomanagementprozess

Der Risikomanagementprozess der Sparkasse umfasst die Einzelschritte Risikoerkennung, Risikobewertung, Risikomessung, Risikoberichterstattung, Risikosteuerung und Risikokontrolle. Im Rahmen einer Risikoinventur werden jährlich alle auf die Geschäfts- und Funktionsbereiche der Sparkasse einwirkenden Risiken ermittelt. Über eine Risikobewertung werden die wesentlichen Risiken der Sparkasse gewichtet. Die Bewertung erfolgt anhand einer Risikokennzahl, die durch Multiplikation von Kennzahlen zur Eintrittswahrscheinlichkeit, Bedeutung und Beherrschbarkeit des Risikos ermittelt wird. Nach der Höhe der Risikokennzahl richtet sich die Einordnung des jeweiligen Risikos in eine Risikoklasse. Die Risikoklasse bestimmt den Umfang der notwendigen Maßnahmen zur Beobachtung und Steuerung des jeweiligen Risikos. Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken in zwei sich ergänzenden Konzepten:

- In der handelsrechtlichen Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.
- Die betriebswirtschaftliche, d. h. vermögenswertorientierte Betrachtung ermittelt einen Risikowert, der innerhalb eines festgelegten Zeitraums und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird laufend ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit neben Marktpreis- und Adressenausfallrisiken auch operationelle Risiken angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen und ökonomischen Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit sowohl aus dem

handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden kann. Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand der Sparkasse regelmäßig unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben der MaRisk schriftlich berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikokoordinator überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikokoordinator ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

5. Risikokategorisierung

Die im Rahmen der Risikoinventur festgestellten wichtigsten Risiken wurden wie folgt kategorisiert:

- Adressenausfallrisiken
- Marktpreisrisiken
- Liquiditätsrisiken
- operationelle Risiken
- sonstige Risiken

6. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

6.1 Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Das Adressenausfallrisiko beinhaltet im Allgemeinen die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen und/oder des Ausfalls eines Geschäftspartners Verluste entstehen. Das Adressenausfallrisiko betrifft im Speziellen bilanzwirksame Forderungen in Form von Krediten. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Kreditrisikostategie

festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele zur Verbesserung der Risikoposition festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Den Schwerpunktbereich bilden die Ausleihungen an Dienstleistungs- und Handelsunternehmen sowie an das verarbeitende Gewerbe.

Die Großkredite gemäß § 13a Abs. 1 KWG, die 10 % des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 KWG übersteigen, machten am 31.12.2009 das 0,26-fache des am Bilanzstichtag 31.12.2009 geltenden haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 KWG aus (Vorjahr das 0,25-fache).

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihrer individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt. Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden auf der Grundlage ratingbasierter Ausfallwahrscheinlichkeiten und der vom Kunden gestellten Sicherheiten sowohl erwartete als auch unerwartete Verluste im Kreditgeschäft berechnet. Mit Hilfe dieser Informationen werden die Veränderungen des Kreditportfolios monatlich analysiert. Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen, setzen wir das „OSPlus-Frühwarnsystem“ ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzeptes betreut (Problemkredite). In unseren Organisationsrichtlinien haben wir Kriterien festgelegt, auf deren Grundlage die für die Kreditweiterbearbeitung zuständigen Stellen die Kreditengagements zu ermitteln haben, für die Risikovorsorgemaßnahmen in Form von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen

erforderlich sind. Risikovororgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen nach den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovororgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Im Rahmen der Risikoberichte wird der Vorstand vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limitsysteme und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2009 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung.

6.2 Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Die Adressenausfallrisiken bei Beteiligungen werden gesondert untersucht. Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt. Die aus der Beteiligung am SVWL stammenden Risiken durch die (indirekte) Haftung für die Abwicklungsanstalt der WestLB AG und durch die Entwicklung der WestLB AG beziehen wir in unser Risikomanagement ein. Der Buchwert der Beteiligung am SVWL entspricht den Anschaffungskosten. Inwieweit dieser Wertansatz durch die Entwicklung der WestLB AG künftig belastet wird, ist zurzeit nicht abzusehen.

6.3 Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

6.3.1 Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittentenlimite fest. Darüber hinaus existiert ein übergreifendes Limit für die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften und auch für nicht bilanzwirksame Zahlungsansprüche (z. B. derivative Finanzinstrumente). Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Für die direkt gehaltenen Wertpapiere ist ein Mindestrating nach Moody's von Baa3 und nach Standard & Poor's von BBB– erforderlich. Für die im Wertpapier-Spezialfonds gehaltenen Anlagen sind grundsätzlich Anlagerichtlinien festgelegt worden, die insbesondere das Anlageuniversum, die Volumina für Einzelinvestments sowie bei Rentenfonds

die erlaubten Ratingstrukturen definieren. Für Investitionen in internationale Unternehmensanleihen wurden in begrenztem Umfang Mandate erteilt, in denen auch Anlagen unterhalb der Ratingstufen Baa3 (Moody's) bzw. BBB– (Standard & Poor's) getätigt werden dürfen. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vom Vorstand vorgegebene Marktpreisrisikostrategie und durch Rahmengrundsätze begrenzt.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

	Buchwert		Veränderung	
	2009 Mio. EUR	2008 Mio. EUR	Mio. EUR	%
Termingelder	11,1	50,0	-38,9	-77,8
Namenschuldverschreibungen	673,5	607,7	65,8	10,8
Schuldverschreibungen und Anleihen	979,0	739,8	239,2	32,3
Aktien	10,1	10,1	0,0	0,0
Wertpapier-Spezialfonds	608,1	586,2	21,9	3,7
sonstige Investmentfonds	13,1	5,2	7,9	151,9
Insgesamt	2.294,9	1.999,0	295,9	14,8

6.3.2 Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt und die erzielten Handlungsergebnisse werden bestimmt. Zusätzlich wird das potenzielle Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Der Ermittlung liegt eine Vergangenheitsbetrachtung zugrunde, die es erlaubt, den Risikokurs anzugeben, der mit einer 95 %igen Wahrscheinlichkeit bei einer 10-Tage-Haltedauer nicht unterschritten wird. Im Rahmen der Überwachung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden sowohl das bereits erzielte Handlungsergebnis als auch das Verlustrisiko berücksichtigt. Zusätzlich erfolgt monatlich die Berechnung eines Stress-Case-Szenarios auf Basis des 99 %igen Konfidenzniveaus. Die angewandten Risikoparameter werden mindestens jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Controlling mit Hilfe des Systems SimCorp Dimension unter strenger Beachtung der Funktionstrennung zum Handel wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen Limite bewegen. Bei Überschreitung von Limiten bzw. der vordefinierten Frühwarngrenzen ist vorgesehen, dass der Gesamtvorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken entscheidet.

Die Funktionstrennung zwischen Handel einerseits sowie Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling andererseits ist nach den Vorgaben der MaRisk bis in die Ebene des Vorstands vollzogen. Der Überwachungsvorstand wird täglich über die Ergebnisse und die Risikosituation informiert. Der Überwachungsvorstand unterrichtet den Gesamtvorstand regelmäßig über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten infolge der Finanzmarktkrise bewegten sich in Summe unter den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

6.4 Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird das Risiko von Wertveränderungen der verzinslichen Vermögenspositionen und Verbindlichkeiten infolge von Marktziinsänderungen definiert. Aufgrund von unterschiedlichen Zinsanpassungsgeschwindigkeiten von Bilanzpositionen auf der Aktiv- und Passivseite im Umfeld von Kapitalmarktschwankungen entsteht die Gefahr bzw. Chance der Verringerung bzw. Erhöhung des Zinsüberschusses. Neben dem Einfluss auf den Zinsüberschuss der Sparkasse haben Marktziinsänderungen ebenfalls Einfluss auf die Vermögenssituation der Sparkasse. Zur Ermittlung der Auswirkungen von Marktziinsänderungen auf den Vermögenswert aller zinstragenden Aktiv- und Passivpositionen des Zinsbuchs nutzt die Sparkasse das Modell einer wertorientierten Zinsrisikosteuerung gemäß Barwertkonzept. Grundlage der Wertermittlung der Zinsgeschäfte sind alle innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen.

Für den aus den Gesamtzahlungsströmen der Sparkasse errechneten Barwert wird anschließend das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Die Berechnungen des Value-at-Risk beruhen auf der historischen Simulation der Marktziinsänderungen. Der ermittelte Risikowert wird im Rahmen einer vermögenswertorientierten Risikotragfähigkeitsbetrachtung zusammen mit weiteren Risikoarten zum Gesamtrisiko der Sparkasse addiert. Neben der vermögenswertorientierten Berechnung wird quartalsweise eine handelsrechtliche Rechnung zur Ermittlung des Zinsüberschussrisikos durchgeführt. Das Zinsüberschussrisiko wird mit unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeiten variabel verzinslicher Aktiv- und Passivposten sowie unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien berechnet. Der ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen einer handelsrechtlichen Risikotragfähigkeitsbetrachtung zusammen mit weiteren Risikoarten ebenfalls zum Gesamtrisiko addiert. Dieses rechnerische Gesamtrisiko wird in der Risikotragfähigkeitsrechnung mit dem zur Verfügung stehenden Risikobudget verglichen. Die vermögenswertorientierten und

handelsrechtlichen Ergebnisgrößen werden mittels einer quartalsweisen Simulationsrechnung unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien und Risikoniveaus gegenübergestellt. Anhand dieser Berechnungen werden für die Sparkasse besonders belastende bzw. günstige Konstellationen ermittelt. Die Ergebnisse fließen parallel in die Überlegungen zur Disposition des Zinsbuches ein. Über die Entwicklung der Zinsänderungsrisiken wird der Gesamtvorstand mindestens vierteljährlich unterrichtet.

Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden neben bilanzwirksamen Instrumenten auch Zins-Swaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss). Zusätzlich ermittelt die Sparkasse die Auswirkungen eines Zinsschocks auf den Zinsbuchbarwert gemäß den Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 06.11.2007. Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2009 unterhalb der definierten Orientierungsgröße.

6.5 Liquiditätsrisiken

Unter dem Liquiditätsrisiko wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann oder erhöhte Kosten aus der Liquiditätsbeschaffung entstehen und ertragsbelastend wirken. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse Münsterland Ost war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht lag zu jedem Zeitpunkt über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0. Per Stichtag 31.12.2009 verzeichnete die Liquiditätskennzahl einen Wert von 1,44. Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zusätzlich werden die Streuung der Liquiditätsquellen mindestens vierteljährlich überprüft und die Liquiditätsressourcen der Sparkasse in der Liquiditätsliste erfasst. Die Sparkasse trägt der zunehmenden Bedeutung des Liquiditätsrisikos mit umfangreichen Regelungen und Maßnahmen Rechnung.

6.6 Operationelle Risiken

Als operationelles Risiko wird die Gefahr von Verlusten definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Prozessen (fehlende Dienstanweisungen, unvollständige Reportinglinien, mangelhafte interne Kontrollen), Menschen (Betrug, Fehler von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ungenügend qualifiziertes

Personal), Systemen (Systemabstürze, Datensicherheit, Datenintegrität) oder aufgrund externer Einflüsse (Terroranschläge, Naturkatastrophen, rechtliche Risiken) eintreten. Zur Steuerung dieser betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Innenrevision geprüft wird. Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der eingetretene Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk (BTR 4, Tz. 3) dem jeweiligen Ressortvorstand ad hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden. Für 2010 wird die Quantifizierung der operationellen Risiken mit Hilfe eines DSGVO-Tools weiterentwickelt.

7. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Aufgrund der systematischen Aufarbeitung der im Geschäftsbetrieb der Sparkasse gegebenen Risiken, deren Klassifizierung, Bewertung und Berichtsintensität, die sich an der Bedeutung des Einzelrisikos orientiert, erhält die Sparkasse einen Überblick über die Gesamtrisikostuktur. Hierdurch können Risiken bewusst eingegangen werden, wenn diesen eine adäquate Ertragsersparung gegenübersteht. Die Sparkasse hat auch im Jahr 2009 ihr Risikomanagement permanent und systematisch ausgebaut. Hierzu zählt neben der Quantifizierung der operationellen Risiken auch die stärkere Betrachtung der Liquiditätsrisiken.

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von drei Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse Münsterland Ost ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet. Die durchgeführte Risikotragfähigkeitsberechnung zeigt ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und

vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeitsrechnung und das Risikomonitoring der Sparkasse zeigen, dass die Risikotragfähigkeit uneingeschränkt gegeben war und ist.

G. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

H. Prognosebericht

1. Geschäftsentwicklung

Im Zusammenhang mit der im Jahr 2009 einsetzenden Stabilisierung der Weltwirtschaft gehen wir für das Jahr 2010 von einer moderaten Aufwärtsbewegung in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus. Aufgrund dieser Entwicklung rechnen wir für 2010 bei einer entsprechenden Kreditnachfrage mit einem Wachstum der in der aktiven Betreuung liegenden Kreditbestände von +1,5 %. Der Anteil der bilanziellen Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme wird sich nicht wesentlich verändern. Im gewerblichen Kreditgeschäft gehen wir von leichten Rückgängen für 2010 aus. Im Kreditgeschäft mit Privatkunden rechnen wir grundsätzlich bei einem verlangsamtsten Wachstumstempo mit einer positiven Entwicklung im langfristigen Kreditgeschäft, insbesondere im privaten Wohnungsbau. Für das Jahr 2011 gehen wir ebenfalls nur von moderaten Erhöhungen der Kreditbestände aus.

Im Einlagengeschäft setzt sich der über Konditionen geführte Wettbewerb fort. Die Sparquote wird sich voraussichtlich stabil entwickeln. In Anbetracht dieses Umfelds wollen wir mit der an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten ganzheitlichen Beratung sowie dem umfassenden Produktangebot und der fortwährenden Marktbeobachtung Kundengelder halten und hinzugewinnen. Insgesamt erwarten wir somit für 2010 ein Wachstum der Kundengeldanlagen (inkl. Wertpapiere) von 2,0 %. Für das Jahr 2011 ist mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2010 und 2011 von nahezu unveränderten Rahmenbedingungen aus. Die Provisionserträge, insbesondere aus dem Giroverkehr, werden weiter rückläufig sein. Bei der Bilanzsumme erwarten wir für die beiden Folgejahre einen leichten Anstieg auf ca. 8.000 Mio. EUR.

2. Finanzlage

Für die Jahre 2010 und 2011 sind derzeit keine größeren Investitionen geplant.

3. Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wird durch die Zinsentwicklung am Geld- und Kapitalmarkt und die Zinsstruktur maßgeblich beeinflusst. Insofern ist die steilere Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit der Fristentransformation von maßgeblicher Bedeutung. Im Zusammenhang mit der sich zur Jahresmitte 2009 abzeichnenden Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist davon auszugehen, dass es im Jahr 2010 nur zu einer moderaten konjunkturellen Aufwärtsbewegung kommen wird. Die Sparkasse rechnet deshalb damit, dass die Europäische Zentralbank erst im Verlauf des 2. Halbjahres 2010 mit ersten Zinserhöhungen der Ausweitung der Geldmenge entgegensteuern wird. Chancen bestehen insbesondere in einer insgesamt steileren Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, Erträge aus Fristentransformation stärker als von uns erwartet auszuweiten. Eine flachere Entwicklung der Zinsstrukturkurve hätte dagegen schmälernde Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Dagegen erwarten wir aufgrund des intensiven Wettbewerbs im Kreditgewerbe derzeit rückläufige Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft. Aus den vorgenannten Effekten resultiert für die kommenden zwei Jahre per Saldo voraussichtlich ein über dem Zinsüberschuss 2009 liegender Zinsüberschuss auf Basis von Betriebsvergleichszahlen.

Im Provisionsüberschuss gehen wir für die nächsten zwei Jahre von leicht rückläufigen Erträgen aus. Insgesamt haben wir für 2010 und 2011 jeweils einen Ertragsrückgang von 1 Mio. EUR im Provisionsüberschuss bei der Unternehmensplanung berücksichtigt.

Die Verwaltungsaufwendungen auf Basis des Betriebsvergleichs werden nach unseren Planungen um bis zu 1,7 % im Jahr 2010 und 0,9 % im Jahr 2011 steigen. Aufgrund der kalkulierten Tarifabschlüsse wird sich angesichts eines leicht verringerten Personalbestands ein Personalmehraufwand auf Basis von Betriebsvergleichszahlen von 0,3 % im Jahr 2010 bzw. 3,6 % im Jahr 2011 ergeben. Mittels weiterer Anstrengungen im Sachkostenbereich soll die Ausweitung der Kosten begrenzt werden und der Sachaufwand nur moderat steigen. Insgesamt erwarten wir für 2010 einen leicht höheren und für 2011 einen auf ähnlichem Niveau liegenden Sachaufwand.

Aufgrund der noch zu erwartenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und des erwarteten Zinsanstiegs haben wir derzeit ein negatives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft in unserer Unternehmensplanung berücksichtigt. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Trotz der verbesserten konjunkturellen Perspektiven rechnen wir im Jahr 2010 für die Kreditbranche und damit auch für die Sparkasse aufgrund der zeitversetzten Wirkung mit einem Anstieg des Bewertungsaufwandes im Kreditgeschäft. Für das Jahr 2011 ist momentan mit einem wieder niedrigeren Bewertungsaufwand im Kreditgeschäft zu rechnen. Damit wurde ein über dem Niveau des Jahres 2009 liegender Bewertungsaufwand in der Unternehmensplanung berücksichtigt.

Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden nach aktuellem Kenntnisstand durch die Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die Abwicklungsanstalt der WestLB AG in den nächsten Jahren mit durchschnittlich 6,1 Mio. EUR pro Jahr belastet.

Die Sparkasse Münsterland Ost richtet sich an den in der „Geschäftsstrategie der Sparkassen“ des DSGV definierten Zielgrößen (u. a. Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio) aus. Für 2010 erwarten wir gemäß dieser Definition eine Eigenkapitalrentabilität von 8,0 %. Diese liegt oberhalb des in der DSGV-Strategie genannten Orientierungswertes. Für das Jahr 2011 erwarten wir derzeit einen vergleichbaren Wert. Bei der CIR erwarten wir für 2010 ein Verhältnis von 55,3 % und für 2011 einen leicht höheren Wert.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden.

			31.12.2008
	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve			
a) Kassenbestand		33.245.106,02	31.312
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		262.513.074,39	326.702
		295.758.180,41	358.014
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,—	—
b) Wechsel		-,—	—
		-,—	—
3. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig		186.427.360,74	432.547
b) andere Forderungen		521.607.892,51	508.166
		708.035.253,25	940.713
4. Forderungen an Kunden			
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	2.793.731.705,47 EUR		(2.738.522)
Kommunkredite	148.746.412,49 EUR		(103.612)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
a) Geldmarktpapiere			
aa) von öffentlichen Emittenten	-,—		—
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,— EUR		(—)
ab) von anderen Emittenten	-,—		308.470
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,— EUR		(—)
		-,—	308.470
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten	210.600.547,95		25.693
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	210.600.547,95 EUR		(25.693)
bb) von anderen Emittenten	748.569.116,67		378.085
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	748.569.116,67 EUR	959.169.664,62	403.778
			(378.085)
c) eigene Schuldverschreibungen		19.868.691,01	27.533
Nennbetrag	20.014.400,00 EUR		(27.915)
		979.038.355,63	739.781
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			
		631.279.390,69	601.518
7. Beteiligungen			
darunter:			
an Kreditinstituten	1,00 EUR		(—)
an Finanzdienstleistungsinstituten	6.205.311,22 EUR		(5.110)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			
darunter:			
an Kreditinstituten	-,— EUR		(—)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,— EUR		(—)
9. Treuhandvermögen			
darunter:			
Treuhandkredite	2.940.079,52 EUR		(3.757)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			
		-,—	—
11. Immaterielle Anlagewerte			
		558.681,00	1.003
12. Sachanlagen			
		19.253.836,63	21.477
13. Sonstige Vermögensgegenstände			
		17.501.449,09	9.858
14. Rechnungsabgrenzungsposten			
		10.669.411,13	12.607
Summe der Aktiva		7.958.436.904,43	7.879.251

	EUR	EUR	EUR	31.12.2008 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		288.530.783,21		191.020
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.494.834.140,38		1.484.044
			1.783.364.923,59	1.675.064
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist				
von drei Monaten	1.434.668.866,52			1.182.259
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist				
von mehr als drei Monaten	112.262.922,90			87.741
		1.546.931.789,42		1.270.000
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	2.688.040.861,75			2.276.512
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	991.863.233,78			1.469.554
		3.679.904.095,53		3.746.066
			5.226.835.884,95	5.016.066
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		276.480.908,51		533.061
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		—,—		—
darunter:			276.480.908,51	533.061
Geldmarktpapiere	—,— EUR			(—)
eigene Akzepte und				
Solawechsel im Umlauf	—,— EUR			(—)
4. Treuhandverbindlichkeiten			2.940.079,52	3.757
darunter: Treuhandkredite	2.940.079,52 EUR			(3.757)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			33.458.551,59	36.119
6. Rechnungsabgrenzungsposten			14.867.568,76	15.997
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		22.518.124,00		22.348
b) Steuerrückstellungen		5.024.100,00		4.362
c) andere Rückstellungen		98.542.385,54		89.641
			126.084.609,54	116.351
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			—,—	—
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			106.182.267,46	106.182
10. Genussrechtskapital			—,—	—
darunter: vor Ablauf von				
zwei Jahren fällig	—,— EUR			(—)
11. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		—,—		—
b) Kapitalrücklage		—,—		—
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	361.255.112,44			350.665
cb) andere Rücklagen	11.868.720,70			11.869
		373.123.833,14		362.534
d) Bilanzgewinn		15.098.277,37		14.120
			388.222.110,51	376.654
Summe der Passiva			7.958.436.904,43	7.879.251
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		—,—		—
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		180.048.588,63		210.765
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		—,—		—
			180.048.588,63	210.765
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		—,—		—
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		—,—		—
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		216.369.338,82		171.259
			216.369.338,82	171.259

	EUR	EUR	EUR	2008 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	302.689.438,05			334.759
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	33.210.209,73			28.781
		335.899.647,78		363.540
2. Zinsaufwendungen		193.626.608,11		230.379
			142.273.039,67	133.161
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		17.403.125,66		42.153
b) Beteiligungen		1.851.825,27		2.138
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		435.000,00		300
			19.689.950,93	44.591
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			–,—	–
5. Provisionserträge		51.195.885,78		52.203
6. Provisionsaufwendungen		6.302.623,77		6.251
			44.893.262,01	45.952
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften			1.970.380,56	2.349
8. Sonstige betriebliche Erträge			10.235.912,86	9.668
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			–,—	392
			219.062.546,03	236.113
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	62.393.239,50			63.613
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	18.219.738,93			18.200
darunter: für Altersversorgung	(6.856.438,87)			(7.180)
		80.612.978,43		81.813
b) andere Verwaltungsaufwendungen		43.766.725,20		44.529
			124.379.703,63	126.342
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			4.941.285,46	5.630
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			19.525.964,66	8.819
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				
		28.199.081,87		54.513
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			–,—	–
			28.199.081,87	54.513
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				
		2.360.673,90		334
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			–,—	–
			2.360.673,90	334
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			39.280,00	40
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil			–,—	–
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			39.616.556,51	40.435

	EUR	EUR	EUR	2008 TEUR
20. Außerordentliche Erträge		-,-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen		-,-		-
22. Außerordentliches Ergebnis			-,-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		24.515.555,39		26.311
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		2.723,75		4
			24.518.279,14	26.315
25. Jahresüberschuss			15.098.277,37	14.120
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			-,-	-
			15.098.277,37	14.120
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) aus anderen Rücklagen		-,-		-
			-,-	-
			15.098.277,37	14.120
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) in andere Rücklagen		-,-		-
			-,-	-
29. Bilanzgewinn			15.098.277,37	14.120

Anhang

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss zum 31.12.2009 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs in der bis zum 28.05.2009 geltenden Fassung (HGB) aufgestellt. Darüber hinaus wurden die gemäß Artikel 66 Abs. 2 Satz 1 EGHGB erforderlichen Angaben im Anhang nach der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (HGB (BilMoG)) berücksichtigt.

A. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 252 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei Neuausleihungen einbehalten Disagien werden auf die Laufzeit von Darlehen bzw. eine kürzere Zinsbindungsdauer kapitalanteilig verteilt.

Die vereinnahmten Zinsen aus dem Ankauf von Wechseln und die Zinsen für Laufzeitdarlehen sind, soweit sie auf die Zeit nach dem Bilanzstichtag entfallen, zu den Hereinnahmesätzen abgegrenzt und werden vom Bestand abgesetzt.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Soweit die Gründe für die Wertberichtigungen weggefallen sind, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die Kurswerte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip).

Soweit aufgrund der Wertentwicklung die Gründe für die in den vergangenen Geschäftsjahren vorgenommenen Abschreibungen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen auf den höheren beizulegenden Wert, höchstens bis zu den Anschaffungskosten, vorgenommen.

Unsere im Eigenbestand befindlichen Wertpapiere haben wir daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag einbezogen.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen. Bezogen auf unseren Eigenbestand an Wertpapieren haben wir aktive Märkte für Anleihen deutscher Bundesländer und im Pfandbriefsegment festgestellt.

Für die an einem aktiven Markt gehandelten Wertpapiere wurde der Börsen-/Marktpreis zum Abschlussstichtag verwendet.

Die Märkte für ungedeckte Bankschuldverschreibungen unseres zinsbezogenen Wertpapierbestands von nom. 205,5 Mio. EUR waren zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir, sofern auch keine Informationen über jüngste Transaktionen in diesen oder vergleichbaren Wertpapieren vorlagen, ein Bewertungsmodell verwendet.

Die modellbasierte Ermittlung eines beizulegenden Werts erfolgte mit Hilfe des Discounted Cashflow-Verfahrens (DCF-Modell). Die aus den jeweiligen Wertpapieren erwarteten Cashflows werden mit einem laufzeit- und risikoadäquaten Zinssatz auf den Bewertungsstichtag abgezinst. Der Schätzung der Cashflows wurden

grundsätzlich die vertraglichen Regelungen über die Zins- und Tilgungszahlungen zugrunde gelegt. Für die Abzinsung der Cashflows variabel verzinslicher Wertpapiere wurden Forward-Zinssätze herangezogen.

Der Diskontierungszins setzt sich aus einem Basiszins und einem Risikozuschlag zusammen. Für die Bestimmung der Parameter haben wir vorrangig am Markt beobachtbare Werte verwendet. Als Basiszins haben wir deshalb für die ungedeckten Bankschuldverschreibungen die am Markt beobachtbare Zinsstrukturkurve („Swap-Kurve“) verwendet. Für den Risikozuschlag wurden die am Markt beobachteten ratingspezifischen Asset-Swap-Spreads verwendet.

Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden Wert den investmentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die trotz sachgerechter Ermessensausübung im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen. Bei der Bewertung unserer Wertpapiere haben wir die in dem Rechnungslegungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) e. V. „Umwidmung und Bewertung von Forderungen und Wertpapieren nach HGB“ (IDW RH 1.014) gestellten Anforderungen beachtet.

Strukturierte Wertpapiere

Strukturierte Produkte werden grundsätzlich als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Liegen die Voraussetzungen für eine einheitliche Bewertung nicht vor, werden die strukturierten Produkte für Zwecke der Bewertung in ihre Bestandteile zerlegt.

Wir halten am Bilanzstichtag in den Portfolien unseres Wertpapier-Spezialfonds 26,3 Mio. EUR (Zeitwerte) an strukturierten Wertpapieren, die Adressenausfallrisiken verbrieften.

Die Risiken beziehen sich auf Adressenausfallrisiken aus Immobilienfinanzierungen, Unternehmenskrediten, Unternehmensanleihen, nachrangigen Krediten und Genussscheinen. Im Jahr 2009 waren unsere strukturierten Wertpapieranlagen noch von geringfügigen Rückgängen der Zeitwerte betroffen, die in den investmentrechtlichen Rücknahmepreis eingeflossen sind.

Im Jahr 2007 haben wir im Rahmen des Sparkassen-Kreditbasket IV eine Credit Linked Note (nom. 12,4 Mio. EUR) erworben. Die unter den Wertpapieren in der Bilanz ausgewiesene Schuldverschreibung enthält eine Sicherungszusage für Adressenausfallrisiken der in den Kreditbasket IV von 46 Sparkassen eingebrachten Kreditnehmer. Den in der Credit Linked Note enthaltenen Credit Default Swap haben wir entsprechend der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung „Bilanzierung von Kreditderivaten“ (IDW RS BFA 1) als Eventualverbindlichkeit unter dem Bilanzstrich ausgewiesen. Für drohende Ausfälle haben wir eine anteilige Rückstellung für die mit dem Credit Default Swap übernommenen Adressenausfallrisiken gebildet, tatsächliche Kreditausfälle werden ausgebucht.

Anteilsbesitz

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert; bei Wertminderungen werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Soweit die Gründe für einen niedrigeren Wertansatz nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen bis zum Zeitwert, höchstens bis zu den Anschaffungskosten, vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert.

Dabei orientieren wir uns grundsätzlich an der von der Finanzverwaltung vorgegebenen Nutzungsdauer; für Mobilien an den sog. Abschreibungstabellen, für Immobilien an § 7 EStG. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis einschließlich 60 EUR) sofort als Sachaufwand erfasst. Während geringwertige Vermögensgegenstände von über 60 EUR bis 150 EUR im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben werden, sind Vermögensgegenstände bis 1.000 EUR in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Die planmäßigen Abschreibungen werden für Gebäude grundsätzlich linear vorgenommen. Für Bauten auf fremdem Grund und Boden sowie Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Soweit steuerrechtlich feste Abschreibungssätze vorgegeben sind, werden diese angewandt.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden, soweit steuerrechtlich zulässig, degressiv abgeschrieben. Dabei wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, von der degressiven auf die lineare Abschreibungsmethode überzugehen, wenn dies zu höheren Abschreibungen führt.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioerträge in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die Laufzeit planmäßig abgeschrieben bzw. vereinnahmt. Zero-Bonds werden mit dem Barwert bilanziert.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des Betrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen entsprechend dem Teilwertverfahren auf Basis der Richttafeln 2005 ermittelt. Sie werden, wie auch erstmalig die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen, mit einem an das historisch niedrige Kapitalmarktzinsniveau angepassten Rechnungszins von 4% abgezinst. Die Neubewertung hat zu höheren Rückstellungsverpflichtungen in Höhe von 893 TEUR geführt.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente (Swaps, Termingeschäfte, Optionsgeschäfte, Futures) sind als schwebende Geschäfte in der Bilanz nicht auszuweisen. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Handels- oder Anlagebuch zugeordnet.

Die zur Absicherung von Zinsänderungs- oder sonstigen Marktpreisrisiken abgeschlossenen derivativen Geschäfte werden in die Gesamtbetrachtung der jeweiligen Risikoart einbezogen und sind somit nicht gesondert zu bewerten. Die sonstigen derivativen Geschäfte werden mit den Marktkursen bewertet. Bewertungsverluste werden zurückgestellt, Bewertungsgewinne werden nicht vereinnahmt.

Kursgewinne und -verluste sowie erhaltene und geleistete Zahlungen aus derivativen Geschäften, die bei Abschluss dem Handelsbuch zugeordnet wurden, sind im Nettoertrag aus Finanzgeschäften erfasst.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 340h HGB.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt 19.601 TEUR bzw. 19.209 TEUR.

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der WestLB AG, Düsseldorf, sind in Höhe von in den nachstehenden Bilanzposten enthalten:

	31. 12. 2009 TEUR	31. 12. 2008 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	12.218	7.792
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	83.485	92.775

Wertpapiere

Aufteilung der in den nachstehenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren.

	insgesamt TEUR	börsennotiert TEUR	nicht börsennotiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	979.038	946.777	32.261
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	631.279	13.054	618.225

Anteilsbesitz

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, da die Mehrheitsbeteiligungen von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse sind.

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2009 (in TEUR)

	Sachanlagen	Immaterielle Anlagewerte	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Sonstige Vermögens- gegenstände
Anschaffungskosten	122.348	3.387	154.353	20.639	12
Zugänge	2.722	308	1.095	0	0
Abgänge	7.473	0	1.000	40	0
Umbuchungen	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
Abschreibungen 2009	(4.189)	(752)	(2.361)	(0)	(0)
Abschreibungen kumuliert	98.343	3.136	7.434	0	0
Buchwert 31.12.2009	19.254	559	147.014	20.599	12
Buchwert 31.12.2008	21.477	1.003	149.280	20.639	12

Die Sachanlagen entfallen mit 4.029 TEUR auf Grundstücke und Bauten, die nicht von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden, und mit 15.225 TEUR auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Sonstige Vermögensgegenstände

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Steuererstattungsansprüche in Höhe von 12.688 TEUR enthalten.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31. 12. 2009	31. 12. 2008
	TEUR	TEUR
<u>Aktivseite</u>		
Disagio aus Verbindlichkeiten	9.413	11.714
Agio aus Forderungen	258	19
<u>Passivseite</u>		
Disagio aus Forderungen	12.108	13.852
Agio aus Verbindlichkeiten	460	322

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind im folgenden Aktivposten enthalten:

	31. 12. 2009	31. 12. 2008
	TEUR	TEUR
Forderungen an Kunden	4.500	4.500

Sonstige Verbindlichkeiten

In den sonstigen Verbindlichkeiten ist ein Anteil an der Haftung für eine zusätzliche Fremdfinanzierung zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch eine Zweckgesellschaft der Sparkassenorganisation in Höhe von 20.298 TEUR enthalten.

Im Jahr 2007 hat die Sparkassenorganisation die Anteile des Landes Berlin und von Minderheitsaktionären erworben. Wir haben uns anteilig an dem Erwerb der LBBH mit einer direkten Kapitaleinlage und der Übernahme der Haftung für eine zusätzliche Fremdfinanzierung des Kaufpreises beteiligt. Der Gesamtbetrag ist unter dem Bilanzposten „Beteiligungen“ aktiviert.

Rückstellungen

Der Posten „andere Rückstellungen“ enthält eine Rückstellung in Höhe von 29.219 TEUR für die im Rahmen der Stützungsmaßnahmen der WestLB AG gegebenenfalls notwendigen Nachschussverpflichtungen an den regionalen Reservefonds des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL) und eine Rückstellung für eine mögliche Inanspruchnahme aus einer vertraglichen Vereinbarung mit einer Tochtergesellschaft in Höhe von 15.000 TEUR.

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für den folgenden Posten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	688.494 TEUR
--	--------------

Nachrangige Verbindlichkeiten

Nachrangige Verbindlichkeiten, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen					
Betrag TEUR	Währung	Zinssatz %	fällig am	außerordentliches Kündigungsrecht	
15.000	Euro	5,22	31.12.2015	nein	
15.000	Euro	5,22	31.12.2015	nein	
17.000	Euro	5,17	30.12.2015	nein	

Nachrangige Verbindlichkeiten, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen				
Betrag TEUR	Durchschnittsverzinsung %	Laufzeit in Jahren		
		von	bis	
58.100	5,00	10	12	

Für die von der Sparkasse zum Zwecke der Anerkennung als haftendes Eigenkapital eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Aufwendungen von 5.349 TEUR angefallen.

Die von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten können im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Sparkasse erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet werden. Sie sind für beide Vertragsparteien während der Laufzeit unkündbar. Eine Umwandlungsmöglichkeit in Kapital oder andere Schuldformen besteht nicht.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Verbundene Unternehmen	31.12.2009 TEUR	31.12.2008 TEUR
<u>Aktivposten</u>		
Forderungen an Kunden	31.839	33.387
Sonstige Vermögensgegenstände	26	16
<u>Passivposten</u>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	9.910	7.427
Sonstige Verbindlichkeiten	92	-

Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	31.12.2009 TEUR	31.12.2008 TEUR
<u>Aktivposten</u>		
Forderungen an Kunden	37.698	45.341
davon: nachrangig	4.500	4.500
Sonstige Vermögensgegenstände	57	562
<u>Passivposten</u>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	55.684	46.313

Fristengliederung

	mit einer Restlaufzeit von				mit unbestimmter Laufzeit TEUR	im Jahr 2010 fällig TEUR
	bis drei Monate TEUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr TEUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre TEUR	mehr als fünf Jahre TEUR		
Aktivposten						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	11.095	230.000	75.000	195.000	–	–
4. Forderungen an Kunden	140.452	368.748	1.472.962	2.726.987	412.770	–
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–	–	–	–	–	316.228
Passivposten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	150.223	389.616	524.048	413.622	–	–
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	2.590	102.804	6.223	646	–	–
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	737.595	106.894	132.372	11.389	–	–
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen	–	–	–	–	–	147.354
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	–	–	–	–	–	–

Es wurde von dem Wahlrecht nach § 11 Satz 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

C. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren

Für den Spezialfonds wurden laufende Erträge aus dem Rumpfgeschäftsjahr 01.03.2008 bis 30.11.2008 einmalig im Jahr 2009 in Höhe von 10.935 TEUR thesauriert. Die Zuschreibung erhöhte sich hierdurch um 5.136 TEUR.

Periodenfremde Aufwendungen

Im Rahmen der Zinsbuchsteuerung sind bei Zins-Swaps Vorfälligkeitsentschädigungen in Höhe von 21.812 TEUR angefallen, die unter den periodenfremden Zinsaufwendungen ausgewiesen werden.

D. Sonstige Angaben

Marktrisikobehaftete Geschäfte

Die Sparkasse hat im Geschäftsjahr und in den Vorjahren derivative Finanzinstrumente abgeschlossen. Am Bilanzstichtag bestanden noch Devisentermingeschäfte, bei denen es sich ausschließlich um Deckungsgeschäfte für Kunden handelt, sowie Zins-Swaps, die zur Steuerung des sich aus dem Zinsbuch aller zinstragenden Aktiva und Passiva ergebenden Zinsänderungsrisikos (Macro-Hedge) eingesetzt werden.

Devisentermingeschäfte werden mit Kunden zur Deckung deren Bedarfs abgeschlossen. Zu den Devisentermingeschäften werden unverzüglich währungsgleiche, fristen- und betragskongruente Gegengeschäfte abgeschlossen, so dass hieraus offene Positionen in nennenswertem Umfang nicht entstehen.

Die Arten und der Umfang der derivativen Finanzinstrumente, bezogen auf die Nominalwerte, sind in folgender Aufstellung zusammengestellt:

Derivative Finanzinstrumente	Nominalbeträge nach Restlaufzeiten			Nominalbeträge		
	bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	insgesamt	Handels- geschäfte	Deckungs- geschäfte
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
<u>Währungsrisiken</u>						
Devisentermingeschäfte	24.694	1.236	–	25.930	12.965	12.965
<u>Zinsrisiken</u>						
Zins-Swaps	200.000	875.000	790.000	1.865.000	–	1.865.000
<u>Risiken aus Kreditderivaten</u>						
Credit Default Swaps	–	20.988	–	20.988	11.988	9.000

Beizulegende Zeitwerte derivativer Finanzinstrumente

Den am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten derivativen Finanzinstrumenten sind folgende beizulegenden Zeitwerte beizumessen:

Derivative Finanzinstrumente	Beizulegende Zeitwerte		Sicherungsgeschäfte		Handels- geschäfte
	Bilanzposten	Buchwerte TEUR	Micro-Hedge TEUR	Macro-Hedge TEUR	TEUR
	<u>Währungsrisiken</u>				
Devisentermingeschäfte	–	–	327	–	–327
<u>Zinsrisiken</u>					
Zins-Swaps	–	–	–	–39.117	–
<u>Risiken aus Kreditderivaten</u>					
Credit Default Swaps	–	–	2.038	–	–
	Passiva 7	878	–	–	–363

Zum 31.12.2008 betragen die beizulegenden Zeitwerte aller Zins-Swaps –51.322 TEUR. Die Angabe des beizulegenden Zeitwerts im gesetzlichen Anhang 2008 in Höhe von –174 TEUR bezog sich lediglich auf die nicht originär zur Steuerung der Festzinspositionen des Zinsbuchs eingesetzten Swaps.

Die beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte werden über die Bewertung fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion) mit den von Reuters veröffentlichten währungs- und laufzeitbezogenen Terminkursen ermittelt.

Über die Abzinsung der künftigen Zahlungen (Cashflows) fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion) auf den Abschlussstichtag werden die beizulegenden Zeitwerte der Zins-Swaps ermittelt (Discounted Cashflow-Verfahren). Die Diskontierungsfaktoren werden den von Reuters veröffentlichten Zinsstrukturkurven am Markt gehandelter Zins-Swaps entnommen.

Die im Rahmen der Zinsrisikosteuerung abgeschlossenen Zins-Swaps bilden einen Macro-Hedge im Zusammenhang mit den übrigen Festzinspositionen des Zinsbuchs. Zum Nachweis des Macro-Hedges wird in der wertorientierten Zinsrisikosteuerung regelmäßig der Value-at-Risk der festverzinslichen Zinsbuchpositionen ohne und mit Einbeziehung der Zins-Swaps gegenübergestellt.

Den negativen beizulegenden Zeitwerten der in das Zinsbuch einbezogenen Zins-Swaps (Macro-Hedge) stehen nach unseren Berechnungen im Rahmen der Steuerung des Zinsänderungsrisikos entsprechend höhere Unterschiedsbeträge zwischen den ermittelten Vermögenswerten und den Bilanzwerten der zinstragenden Aktiv- und Passivposten gegenüber.

Der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der Credit Default Swaps wird die Abzinsung der künftigen Prämienzahlungen auf den Abschlussstichtag zugrunde gelegt.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im Rahmen einer Beteiligung haftet die Sparkasse bis zu einem Höchstbetrag von 15.339 TEUR. Außerdem bestehen aufgrund beschlossener, aber noch nicht eingeforderter Erhöhungen von Beteiligungen Einzahlungsverpflichtungen von 3.164 TEUR. Davon 2.000 TEUR gegenüber verbundenen Unternehmen. Die Sparkasse Münsterland Ost ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe in Münster (ZKW). Trägerin der ZKW ist die Westfälisch-Lippische Versorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände, Münster (WVK). Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die ZKW ist eine rechtlich unselbstständige, aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der WVK.

Aufgabe der ZKW ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der ZKW erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mindestens für einen zehnjährigen Zeitraum (gleitender Deckungsabschnitt) berechnet. Die ZKW betrachtet jedoch tatsächlich versicherungsmathematisch die voraussichtliche Entwicklung in einem ewigen Deckungsabschnitt. Der Hebesatz beträgt derzeit 7,5 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Bei dauerhafter Erhebung dieses Hebesatzes können bei den zugrunde gelegten Prämissen die Verpflichtungen der ZKW voraussichtlich dauerhaft erfüllt werden. Die an die ZKW geleisteten Zahlungen betragen 4.682 TEUR im Jahr 2009.

Wenn ein Mitglied die ZKW verlassen will, ist eine nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der ZKW verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2008 hätte die Ausgleichszahlung 125,8 Mio. EUR betragen. Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2009 kann von der ZKW erst im dritten Quartal 2010 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der WestLB AG, Düsseldorf, eine Abwicklungsanstalt gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SWWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der Abwicklungsanstalt von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3,0 Mrd. EUR ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der WestLB AG auf die Abwicklungsanstalt verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht wird die Sparkasse beginnend mit dem Jahr 2010 in einem Zeitraum von 25 Jahren Beträge aus künftigen Gewinnen bis zu einer Gesamthöhe von 152,1 Mio. EUR ansparen. Nach Ablauf von 10 Jahren findet unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, werden wir in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB (BilMoG)

	TEUR
Abschlussprüferleistungen	371
andere Bestätigungsleistungen	18
Gesamtbetrag	389

Angabe der Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen gemäß § 285 Nr. 21 HGB (BilMoG)

Zu Gunsten einer Tochtergesellschaft wurde ein Vertrag ohne Gegenleistungsverpflichtung über einen Ertragszuschuss in Höhe von bis zu 15.000 TEUR abgeschlossen, für den eine entsprechende Rückstellung gebildet wurde.

Bezüge der Mitglieder von Vorstand und Verwaltungsrat

	Grund- betrag TEUR	Leistungs- zulage TEUR	Sonstige Vergütung TEUR	Gesamt- vergütung TEUR
Markus Schabel	502	64	15	581
Heiner Friemann	418	53	9	480
Wolfram Gerling	418	53	10	481
Klaus Richter	418	53	14	485
Vergütungsaufwand Gesamt	1.756	223	48	2.027

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der Nutzung von Dienstfahrzeugen.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 96 TEUR.

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden 822 TEUR gezahlt; am 31.12.2009 betragen die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis 11.237 TEUR.

Kreditgewährungen und Haftungsverhältnisse an bzw. von Vorstand und Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2009 Kredite in Höhe von 485 TEUR (2008: 641 TEUR) sowie Avale in Höhe von 4 TEUR und Mitgliedern des Verwaltungsrats Kredite in Höhe von 10.147 TEUR (2008: 2.248 TEUR) sowie Avale in Höhe von 1.088 TEUR gewährt. Darüber hinaus bestanden gegenüber den Mitgliedern des Verwaltungsrats offene Kreditzusagen in Höhe von 261 TEUR.

Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2009	2008
Vollzeitkräfte	958	987
Teilzeit- und Ultimokräfte	406	387
	1.364	1.374
Auszubildende	98	101
Insgesamt	1.462	1.475

Verwaltungsrat der Sparkasse Münsterland Ost bis 23.11.2009

Vorsitzendes Mitglied

Dr. Berthold Tillmann
Oberbürgermeister der Stadt Münster

1. Stellvertreter

Hugo Terholsen

2. Stellvertreter

Ursula Schaffstein

3. Stellvertreter

Bernhard Recker

Beratende Teilnahme

Dr. Olaf Gericke
Landrat des Kreises Warendorf

Helmut Predeick
Bürgermeister der Stadt Oelde

Berthold Lülf
Bürgermeister der Stadt Ennigerloh

Benedikt Ruhmüller
Bürgermeister der Stadt Ahlen

Dr. Dietrich Meendermann
Bürgermeister der Stadt Telgte

Jochen Walter
Bürgermeister der Stadt Warendorf

Mitglieder

Norbert Bing
Justizvollzugsbeamter

Dr. Dietmar Erber
Chemiker

Markus Funk
Leiter des Amtes des Oberbürgermeisters der Stadt Hagen

Bernhard Halbuer
Ausbildungsberater bei der Landwirtschaftskammer NRW

Wolfgang Heuer
Angestellter an der Universität Münster

Karl-Wilhelm Hild
Kriminalhauptkommissar (i.R.)

Reimund Juli
Studiendirektor (i.R.)

Heribert Klas
*Leiter Stadtmarketing bei der WFG
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ahlen mbH*

Carola Möllemann-Appelhoff
Studienrätin

Bernhard Recker
Mitglied des Landtages

Ursula Schaffstein
Controllerin

Theo Sträßer
Kaufmännischer Angestellter (i.R.)

Hugo Terholsen
Prokurist in der Möbelbranche (i.R.)

Norbert Afhüppe
Sparkassenangestellter

Robert Höft
Sparkassenangestellter

Lothar Austermann
Sparkassenangestellter

Klaus Oortmann
Sparkassenangestellter

Christel Overhaus
Sparkassenangestellte

Dr. Siegfried Rudigkeit
Sparkassenangestellter

Günter Sandfort
Sparkassenangestellter

Stellvertretende Mitglieder

Christiane Seitz-Dahlkamp
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion im Regionalrat Münster

Helmut Damwerth
Tischlermeister (i.R.)

Hubert Lenich
Geschäftsführer (i.R.)

Reinhold Sendker
Mitglied des Bundestages

Holger Wigger
Technischer Angestellter

Manfred Mönig
Rechtsanwalt und Notar (selbst.)

Mechthild Bürsmeier-Nauert
Leiterin Textverarbeitung

Wilhelm Breitenbach
Lehrer

Hans Varnhagen
Dachdeckermeister (selbst.)

Thomas Volkmar
Leiter Arbeitsvorbereitung

Günter Schulze Blasum
Landwirtschaftsmeister

Fritz Krüger
Beamter (i.R.)

Alfons Luffe
Technischer Angestellter (i.R.)

Olaf Philippskötter
Sparkassenangestellter

Ute Tinnermann
Sparkassenangestellte

Bernhard Timmermann
Sparkassenangestellter

Anke Steinhoff
Sparkassenangestellte

Joachim Eckhorst
Sparkassenangestellter

Kai Engels
Sparkassenangestellter

Bernhard Beckmann
Sparkassenangestellter

Verwaltungsrat der Sparkasse Münsterland Ost seit 24.11.2009

Vorsitzendes Mitglied

Dr. Olaf Gericke
Landrat des Kreises Warendorf

1. Stellvertreter

Markus Lewe

2. Stellvertreter

Norbert Bing

3. Stellvertreter

Wolfgang Heuer

Beratende Teilnahme

Ludger Banken
Bürgermeister der Gemeinde Everswinkel

Benedikt Ruhmüller
Bürgermeister der Stadt Ahlen

Paul Berlage
Bürgermeister der Stadt Drensteinfurt

Jochen Walter
Bürgermeister der Stadt Warendorf

Berthold Lülff
Bürgermeister der Stadt Ennigerloh

Mitglieder

Norbert Bing
Justizvollzugsbeamter

Dr. Dietmar Erber
Chemiker

Wolfgang Heuer
Angestellter an der Universität Münster

Karl-Wilhelm Hild
Kriminalhauptkommissar (i.R.)

Heribert Klas
*Leiter Stadtmarketing bei der WFG
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ahlen mbH*

Markus Lewe
Oberbürgermeister der Stadt Münster

Carola Möllemann-Appelhoff
Studienrätin

Dr. Hans Moormann
Unternehmer

Theo Sträßer
Kaufmännischer Angestellter (i.R.)

Lothar Austermann
Sparkassenangestellter

Kai Engels
Sparkassenangestellter

Klaus Oortmann
Sparkassenangestellter

Dr. Siegfried Rudigkeit
Sparkassenangestellter

Günter Sandfort
Sparkassenangestellter

Stellvertretende Mitglieder

Dagmar Arnkens-Homann
Städtische Angestellte

Barbara Stober
Hausfrau

Holger Wigger
Technischer Angestellter

Astrid Birkhahn
Seminarleiterin

Otto Reiners
Referatsleiter Landschaftsverband Westf.-Lippe

Christoph Jahn
Rechtsanwalt

Hans Varnhagen
Dachdeckermeister (selbst.)

Josef Rickfelder
Polizeibeamter

Hannelore Weidemann
Angestellte Landschaftsverband Westf.-Lippe

Bernhard Timmermann
Sparkassenangestellter

Olaf Philippskötter
Sparkassenangestellter

Norbert Afhüppe
Sparkassenangestellter

Christel Overhaus
Sparkassenangestellte

Michael Többen
Sparkassenangestellter

Vorstand der Sparkasse Münsterland Ost

Markus Schabel, Vorsitzender
Heiner Friemann
Wolfram Gerling
Klaus Richter

Stellvertretendes Vorstandsmitglied gem. § 19 Abs. 1 SpkG

Dr. Peter Lucke

Vertreter nach § 15 Abs. 2b SpkG

Claus-Peter Engelhardt (bis 30.06.2009)
Roland Klein (seit 01.01.2010)
Frank Knura
Peter Scholz (seit 01.04.2009)
Norbert Wallkötter (bis 31.03.2010)

Münster, den 26. Februar 2010

Der Vorstand

Schabel

Friemann

Gerling

Richter

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Münsterland Ost für das Geschäftsjahr vom 01.01.2009 bis 31.12.2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 04.05.2010

Sparkassenverband Westfalen-Lippe
– Prüfungsstelle –

Thiemann
Wirtschaftsprüfer

Wagner
Wirtschaftsprüfer

Sparkasse
Münsterland Ost
Weseler Straße 230
48151 Münster